

Antrag

der Abg. Silke Gericke u. a. GRÜNE

Entwicklung der Sicherheit im Schienenpersonennahverkehr und Öffentlichen Personennahverkehr in Baden-Württemberg in 2024 und 2025

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Strafdelikte im ÖPNV und SPNV in Baden-Württemberg in Ergänzung zu den Zahlen aus der Drucksache 17/4674 aus dem Jahr 2023 und den Zahlen aus der Drucksache 17/6748 aus dem Jahr 2024 im ÖPNV und SPNV in Baden-Württemberg registriert wurden und wie sie diese im Vergleich bewertet (bitte aufgeschlüsselt nach Art der Straftat);
2. wie viel Sicherheitspersonal regulär in den Zügen des Nahverkehrs in Baden-Württemberg derzeit auf welchen Verbindungen eingesetzt wird und wie sich diese Zahlen im Jahr 2025 entwickelt haben;
3. wie viel Sicherheitspersonal an speziellen Eventtagen zusätzlich eingesetzt wird und wie sich dies in den letzten fünf Jahren entwickelt hat;
4. welche zusätzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Vorbeugung von Übergriffen auf Fahrgäste sowie das Fahr- und Begleitpersonal im ÖPNV und SPNV ergriffen werden;
5. welche Kosten nach ihrer Kenntnis den Eisenbahn- und Busunternehmen entstehen, die Wiederherstellung und die Reinigung von Fahrzeuginventar an Eventtagen zu organisieren und wie sich diese Kosten in den letzten fünf Jahren entwickelt haben;
6. ob nach ihrer Kenntnis das Fahr- und Begleitpersonal noch immer regelmäßige Schulungen und Workshop-Angebote erhält, um die Sicherheit für sich und die Fahrgäste zu gewährleisten und ob diese Angebote in Zukunft weiter ausgebaut werden sollen;
7. ob sie es in Erwägung zieht, für besondere Anlässe, wie beispielsweise den Cannstatter Wasen oder Fußballspiele in der Region, spezielle Fahrzeuge einzusetzen, damit die Kosten für Schadeninstandsetzung, Reinigung und Instandhaltung niedrig gehalten werden können;
8. welche Erfahrungen sie bei Großveranstaltungen wie dem jüngsten Fußballspiel des VfB Stuttgart gegen Feyenoord Rotterdam hinsichtlich der Instandhaltung, Reinigung und Beschädigung von Bussen und Bahnen gemacht hat und ob daraus Maßnahmen zur Kostenreduktion abgeleitet werden können;
9. inwiefern die von der Landesregierung in den letzten Jahren umgesetzten Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit (z. B. mehr Sicherheitspersonal, Videoüberwachung, Schulungen) bereits zu messbaren Verbesserungen geführt haben;
10. welche Erkenntnisse sie seit Einführung des seit Juli 2025 geltenden Waffenverbots im ÖPNV und SPNV über mögliche Verstöße gegen dieses Verbot hat, wie viele Verstöße bislang registriert wurden (aufgeschlüsselt nach Art des Verstößes, eingesetzten öffentlichen Verkehrsmittel und Monat) und inwiefern diese Verstöße geahndet wurden.

21.11.2025

Gericke, Joukov, Achterberg, Braun, Hentschel, Katzenstein, Marwein, Nüssle GRÜNE

Begründung

Die Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbünde in Baden-Württemberg haben hohe Sicherheitsstandards in Bussen und Bahnen und somit strenge Vorschriften für den Betrieb von öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt Sicherheitsmaßnahmen wie eine moderne Signaltechnik sowie ein Sicherheitsmanagement, um Störfälle zu vermeiden und im Notfall schnell und effektiv reagieren zu können.

In der örtlichen Presse oder in anderen Medien wird jedoch immer wieder von Belästigung oder Übergriffen auf Passagiere und Personal im öffentlichen Verkehr berichtet. Dieser Antrag soll in der Reihe der Drucksachen 16/2302, 16/3523, 16/5901, 17/2559, 17/4674 und 17/6748 aufzeigen, wie sich die Lage im Land entwickelt.